

### Die dritte deutsche Note an Wilson

Aus Berlin wird gemeldet, die deutsche Note sei in der Nacht vom 20. auf den 21. Oktober nach der Schweiz abgegangen, zur Weitergabe nach Washington. Die Agentur Reuter jagt in einem Drahtbericht, nach in London eingetroffenen Telegrammen hätte bei der österreichisch-ungarischen Regierung einige Kengstlichkeit bestanden, weil man glaube, die Note werde nicht befriedigend sein, d. h. von den Ententemächten nicht angenommen werden können.

Diese Voraussetzungen trafen nicht zu. Wohl wurde die Note sorgfältig vorbereitet und mit allen berufenen oder maßgebenden Stellen durchberaten, aber sie ist nach Ton und Inhalt so gehalten wie die früheren und läßt daher eine Antwort erwarten. Mit Entschiedenheit verwahrt sich Deutschland gegen den Vorwurf ungeschicklicher und unmenschlicher Handlungen beim Rückzug und bei Versenkung von Schiffen und die Note macht den Vorschlag, den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen untersuchen und feststellen zu lassen. Zur Bekräftigung der Versicherungen, daß keine unnötigen Zerstörungen vorgenommen werden, wird mitgeteilt, daß die Unterseebootskommandanten Befehle erhalten haben, die eine Torpedierung von Passagierdampfern auszuschließen.

Es kommt also wieder die Frage der Untersuchung durch neutrale Kommissionen, die zu Anfang des Krieges gegenüber den Anschuldigungen und Berichten betreffend Gräueltaten oder völkerrechtswidriger Handlungen überhaupt viel besprochen wurde. Und ein Wolff-Telegramm aus Berlin meldet, daß bereits eine neutrale Kommission, bestehend aus in Brüssel wohnhaften Vertretern neutraler Staaten, an die Front abgegangen sei, um die angeblichen zerstörerischen und Verwüstungen bei dem Rückzuge der deutschen Truppen in Augenschein zu nehmen. Diese Kommission steht unter deutscher Führung, nämlich unter der Führung des Chefs der politischen Abteilung in Brüssel, Freiherr von der Langen, und man weiß noch nicht, was für neutrale Vertreter teilnehmen. Die Inanspruchnahme der Neutralen in diesem Falle zeigt aber, daß die deutsche Regierung alle Zuerst hat, ihr Rückzug werde nach streng militärischen Gesichtspunkten und Regeln durchgeführt.

Ein weiteres Entgegenkommen enthält die Note hinsichtlich der Bedingungen des Waffenstillstandes und der Räumung der besetzten Gebiete, indem sie dem Präsidenten der Vereinigten Staaten anheim gibt, darüber Forderungen vorzuschlagen, auf seine hohe Gesinnung und Gerechtigkeit vertrauend.

Mit in die Einzelheiten eingehenden Erörterungen wird die Beweisführung unternommen, daß die deutsche Regierung von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes getragen und frei sei von jedem unverantwortlichen und willkürlichen Einfluß.

In dieser Beweisführung bestand bisher eine Lücke; es fehlt in den Entwürfen zur Verfassungsrevision die Bestimmung, daß die gesamte Regierung dem Reichstag gegenüber verantwortlich sei, und damit die Militärgewalt unter die Zivilgewalt gestellt werde. Bis zur Stunde sind der Kriegsminister, der Marineminister usw. nur dem Kaiser gegenüber verantwortlich. Das verträgt sich mit der neuen Zeit und ihren Reformen nicht mehr; auch Deutschland muß es einsehen und die Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstag in seine Verfassung schreiben. Darauf wartet der Präsident der Vereinigten Staaten Americas, das ist die Bekämpfung des Militarismus, die Parlamentarisierung der Regierung, die Demokratisierung des Landes. Davon hängt heute der Friede ab, das muß man in Deutschland endlich einsehen, und man tut es auch. Gleichzeitig mit der Note kommt die Meldung, daß der Reichskanzler in seiner Rede vor dem Reichstag Verfassungsänderungen befürworten werde, die zur Durchführung des parlamentarischen Systems die Verantwortlichkeit der Reichsleitung gegenüber festlegen wolle, auch in militärischen Dingen. Es ist dies die Aufhebung der unbeschränkten Kommandogewalt des Kaisers, und darauf kommt es an. Es ist wichtig, daß diese Revision der Verfassung im Augenblick angekündigt wird, in welchem die Note an Wilson unterwegs ist. Oesterreich ist noch weiter gegangen, das Manifest Kaiser Karls ladet alle Völker Oesterreichs ein, sich auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes frei einzurichten, nach welcher Staatsform sie wollen; sie können auch Republiken werden. Damit sind die Forderungen Wilsons erfüllt, und um zu zeigen, daß sie auch durchgeführt werden sollen, gab die Regierung den

Tschechen die Pässe, damit sie in der Schweiz mit der Tschechenregierung in Paris unterhandeln können über die Gründung des neuen tschechischen Staates. Es sind das Bewegungen, die politisch und staatsrechtlich kaum zu fassen sind, so rasch ist ihr Tempo geworden.

#### Preßstimmen

Berlin, 22. d. (Wolff.) Die „Bosfische Zeitung“ schreibt zu der deutschen Antwortnote: Auf militärischen Gebiete hat die deutsche Regierung alle geforderten Voraussetzungen geschaffen, die eine ehrliche Friedensbahnung ermöglichen. Sie hat ferner über das Maß dessen, was von einem unabhängigen Volk überhaupt gefordert werden dürfte, Nachsicht darüber gegeben, daß auch die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands den Anschauungen Wilsons vollkommen entsprechen. Dieser Nachweis ist so eingehend, daß er sehr wohl als Gegengewicht den Hinweis auf das von Wilson selbst so hoch gehaltene Selbstbestimmungsrecht hätte vertragen können, das keinem Staate die Einmischung in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates gestattet. Der Eindruck darf nicht auskommen, daß die inneren Reformen, von denen die deutsche Note spricht, Konzessionen an ausländische Wünsche darstellen. Er würde ja auch den Wert dieses Arguments in der Friedensdiskussion erheblich vermindern. Tatsächlich sind diese außerordentlich weitgehenden Veränderungen der deutschen Verfassung schon am 6. Oktober grundsätzlich vom Kriegskabinette beschlossen worden. Es kann noch hinzugefügt werden, daß die Parlamentarisierung in Deutschland noch über das hinausgehen wird, was in der Note angekündigt ist, und daß die erweiterte Anwendung des Artikels 17 der Verfassung über die Gegenzeichnung kaiserlicher Verfügungen durch den dem Reichstage verantwortlichen Kanzler jede Lücke in der Mitwirkung des Parlaments an der Regierung des Reiches ausfüllen wird.

Paris, 21. d. (Havas.) Die deutschen Auslegungen des Sinnes der Antwortnote an Wilson werden kommentiert und es wird auf die Verschlagenheit der Note hingewiesen. In Wirklichkeit suchen die Deutschen das unvermeidliche Geständnis ihrer Niederlage zu umgehen durch den Versuch, unter den Bevölkerungen der Entente eine Friedensbewegung hervorzurufen. Sie fassen ihre Wünsche schon als Wirklichkeit auf und verbreiten ein Radiotelegramm, wonach in Marseille, Lyon und andern großen Städten Friedenskundgebungen stattfinden und große Streiks zur Beschleunigung des Abschlusses des Weltfriedens unmittelbar bevorständen. Aber gerade gestern hat Paris patriotische Kundgebungen gesehen, die in Deutschland Schrecken erregen werden, da sie unsere unbesiegbare Ausdauer beweisen. Andererseits glaubte Hindenburg die Leerheit der Vorwürfe über die Unmenschlichkeit seiner Armeen zu beweisen, indem er den Generälen vorschrieb, weitere unnötige Verwüstungen zu vermeiden. Die Presse hält dafür, daß diese Instruktion gerade ein Beweis ist für die Vornahme systematischer Verwüstungen. Das „Petit Journal“ macht auf die Falle aufmerksam, die in dem Vorschlag einer Erziehung Generals Foch durch Pershing besteht. Es betont, daß Wilson ein eifriger Anhänger des Einheitskommandos war und erklärt, daß es nur dem Generalissimus zusteht die Bedingungen des Waffenstillstandes festzulegen. Die angeblichen Zugeständnisse hinsichtlich des Unterseebootskrieges sind ebenfalls eine Falle. Nach dem Fall von Ostende und Zeebrügge war das Scheitern des Unterseebootskrieges besiegelt.